Die Millionäre sollen zahlen!

Großer kommunistischer Reichstagsantrag / Außerparlamentarischer Massensturm muß die Forderungen verwirklichen

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag im Reichstag eingereicht:

„Stoecker, Dr. Neubauer, Ende und Genossen:

Der Reichstag wolle beschließen:

I. Die Deckungsvorlage der Reichsregierung wird abgelehnt.

II. Die Reichsregierung wird beauftragt, dem Reichstag unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher enthält:

1. eine Sondersteuer für die Millionäre, welche alle Vermögen über 500 000 Reichsmark einer einmaligen Steuer in Höhe von 10 Prozent des Vermögens unterwirft;

2. eine Besteuerung der Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen in Höhe von 10 Prozent der Ausschüttung;

3. eine Sondersteuer auf die Aufsichtsratstantiemen und ähnliche Vergütungen in Höhe von 20 Prozent;

4. eine Sondersteuer für die großen Einkommen über 50 000 Reichsmark jährlich in Höhe von 10 Prozent des Einkommens.

III. Die Reichsregierung wird beauftragt, unverzüglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bestimmt: alle Gehälter und Einkommen von Beamten und Angestellten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen, soweit sie die Höhe von 8000 Reichsmark übersteigen, werden einbehalten; desgleichen alle Pensionen, soweit sie die Höhe von 6000 Reichsmark übersteigen.

IV. Die auf diese Weise eingebrachten Summen werden für die Unterstützung der Arbeitslosen, insbesondere für Erhöhung der Sätze der Ausgesteuerten, für die Erhöhung der Invaliden- und Kriegsopferrenten, für den Ausbau des Mutter- und Säuglingsschutzes, für den Ausbau der Krankenversicherung verwandt und für die Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und schlechtestbezahlten Gruppen der Angestellten und Beamten der öffentlichen Behörden."

Zu diesem Antrag wird uns von der kommunistischen Fraktion geschrieben:

Durch die breitesten Massen des werktätigen Volkes geht eine ungeheure Empörung über den neuen schamlosen Angriff, den der Bürgerblock gegen das werktätige Volk führt. Unter der Fahne der Kommunistischen Partei sammeln sich die arbeitenden Massen zur Gegenoffensive.

Der Bürgerblock fordert ein Notopfer von den Arbeitslosen in Gestalt eines schändlichen Abbaues der Arbeitslosenversicherung von mehr als 115 Millionen.

Demgegenüber beantragen die Kommunisten als die Vertreter der proletarischen Klasse eine **Sondersteuer für die Millionäre.**

Es gibt in Deutschland nach der Vermögensstatistik von 1927 (inzwischen sind die Zahlen noch erheblich gestiegen) 5115 (natürliche) Personen mit Vermögen von 500 000 bis 1 Million und einem Gesamtvermögen von 3½ Milliarden, und

es gibt 2465 Personen mit über 1 Million Vermögen und einem Gesamtvermögen von 5½ Milliarden.

Die Sondersteuer in Höhe von 10 Prozent des Vermögens, welche die Kommunisten beantragen, macht also 900 Millionen Mark. Warum sollen nicht die deutschen Millionäre von ihrem Gesamtvermögen von 9 Milliarden **900 Millionen „Notopfer" bringen?**

Der Bürgerblock verlangt ein Notopfer von allen Arbeitern und Angestellten, die versicherungspflichtig sind, durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent oder 220 Millionen Mark.

Demgegenüber beantragen die Kommunisten eine Sondersteuer auf die Dividenden, das heißt, die arbeitslosen Einkommen der Aktionäre, welche dem arbeitenden Volk den Ertrag seiner Arbeit stehlen.

Am 31. Dezember 1929 gab es in Deutschland 11 384 Aktiengesellschaften mit einem nominellen Gesamtkapital von **23,7 Milliarden.** Die Durchschnittsdividende der Aktiengesellschaften lag über 7 Prozent, das heißt:

den Aktionären wurde ein arbeitsloses Einkommen von 1600 Millionen (ohne die Sondervergütungen, Bonus usw. ausgezahlt,

Die Kommunisten beantragen eine 10prozentige Sondersteuer auf diese Dividenden und ähnlichen Vergütungen; sie könnte glatt 320 Millionen bringen.

Der Bürgerblock verlangt ein Notopfer von allen Beamten in Höhe von 4 Prozent ihres Jahreseinkommens und will dadurch 300 Millionen aus den Beamten und Angestellten herauspressen.

Die Kommunisten beantragen demgegenüber eine Sondersteuer auf die Aufsichtsratstantiemen, d. h. auf das arbeitslose Einkommen der Aufsichtsratsmitglieder der Aktiengesellschaften.

Es gibt schätzungsweise in Deutschland rund **100 000 Aufsichtsräte in Aktiengesellschaften;** die durchschnittliche Tantieme eines Aufsichtsrats beträgt etwa 10 000 Mark.

Manche Aufsichtsräte, wie die Bankiers Jakob Goldschmidt (Darmstädter und Nationalbank) und Louis Hagen, Köln, haben mehr als 100 Aufsichtsratsposten inne, also ein arbeitsloses Einkommen von rund 1 Million!

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Fischer hat 51 Aufsichtsratsposten und damit ein arbeitsloses Einkommen von einer halben Million! Warum sollen nicht diese Schmarotzer ein „Notopfer" von 20 Prozent ihres arbeitslosen Einkommens bringen? Das würde etwa 200 Millionen einbringen.

Der Bürgerblock verlangt ein Notopfer von allen Ledigen in Höhe von 1 Prozent ihres Einkommens oder 30 Millionen, wiederum eine schamlose Ausplünderung der Massen.

Demgegenüber beantragen die Kommunisten eine Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 Mark jährlich in Höhe von 10 Prozent des Einkommens.

Es gibt in Deutschland 16 669 Einkommen über 50 000 Reichsmark; sie haben ein Gesamteinkommen von 1,8 Milliarden — nach der amtlichen Statistik. Wir wissen aber, daß die Reichen mindestens die Hälfte ihres Einkommens der Besteuerung hinterziehen. Eine Sondersteuer, wie sie die Kommunisten beantragen, könnte glatt 180 bis 200 Millionen bringen.

Warum soll nicht einer, der ein Einkommen von 50 000 Mark hat, davon ein „Notopfer" von 5000 Mark bringen? Oder ein Mann mit 100 000 Mark Jahreseinkommen ein „Notopfer" von 10 000 Mark?

Der Bürgerblock will, weil angeblich ein „Notjahr" sei, überall bei den Ausgaben für die Werktätigen sparen. Aber warum haut der Bürgerblock nicht bei den hohen Gehältern ab, die bis zu 15 000 Mark und bei öffentlichen Betrieben bis zu 50 000 Mark gehen, oder bei den hohen Pensionen der Minister, Generale, Admirale, die bis zu 30 000 Mark gehen? Die Kommunisten fordern den Abbau dieser Gehälter und Pensionen, soweit sie 8000 bzw. 6000 Mark übersteigen. Dadurch können rund 500 Millionen Mark eingespart werden.

Die Kommunisten sehen vorläufig davon ab, noch weitere Anträge in derselben Richtung zu stellen; sie wollen aber darauf hin, daß sich die Besteuerung der Einkommen und Vermögen über 20 000 Mark, die Körperschaftsteuer der Aktiengesellschaften, die Besteuerung der Erbschaften über 20 000 Mark, die Besteuerung der Spekulationsgewinne, die Besteuerung des luxuriösen Verbrauchs, die Besteuerung des Vermögenszuwachses noch sehr erheblich verbessern ließe.

Die kommunistischen Anträge, die darauf abzielten, wurden jedoch erst am 12. April 1930 von allen anderen Parteien, auch von den Sozialdemokraten, und natürlich auch von den Nationalsozialisten, abgelehnt.

Die Kommunisten fordern, daß alle diese Summen verwandt werden für die Arbeitslosenunterstützung, für die Erhöhung der Invaliden- und Kriegsopferrenten, für den Ausbau des Mutter- und Säuglingsschutzes, für den Ausbau der Krankenversicherung, für die Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und der schlechtbezahlten Angestellten und Beamten der Behörden, kurz für die Linderung des namenlosen Elends der breiten werktätigen Massen.

Die arbeitenden Massen ganz Deutschlands werden sich versammeln hinter diese Forderungen stellen. Ihnen sagt die Kommunistische Partei ganz offen: glaubt nicht, daß der Bürgerblock, glaubt nicht, daß das Parlament des Ausbeutertums, der Aktionäre, Aufsichtsräte, Millionäre, glaubt nicht, daß die Sozialdemokraten diese Forderungen annehmen werden. Die deutsche Bourgeoisie verteidigt ihre ungeheuren Profite, ihre Rieseneinkommen, ihr Schlemmerleben mit allen Machtmitteln des Klassenstaates und wälzt alle Lasten auf die Armen, auf das werktätige Volk.

Wollt ihr der neuen Verschärfung eures Elends entgegentreten, das euch der Bürgerblock jetzt bringen will, dann müßt ihr euch zum revolutionären Kampf um die Kommunistische Partei scharen mit dem klaren Ziele: Sturz der Ausbeuterklasse, Befreiung des werktätigen Volkes!

Moldenhauer geht! Nieder mit dem ganzen Bürgerblock!

Drohende Verschärfung des massenfeindlichen Kurses

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem der Reichsratsausschuß gestern sowohl das Notopfer des Brüning-Kabinetts als auch die Abänderungsvorschläge der preußischen Koalition abgelehnt hat, reichte Finanzminister Moldenhauer sein Rücktrittsgesuch ein. Das Kabinett hat sofort dazu Stellung genommen und Moldenhauer einmütig gebeten, von dem Gesuch Abstand zu nehmen. Moldenhauer beharrte jedoch auf seinem Rücktritt. Brüning erklärte, daß er Hindenburg darüber einen Vortrag halten werde, um je nach dem Verlauf der Unterredung mit Hindenburg das Rücktrittsgesuch zu empfehlen. Im Reichstag werden auch Gerüchte verbreitet, die gesamte Regierung wolle demissionieren.

Vor seinem Rücktritt formulierte Moldenhauer im Reichsratsausschuß das Programm der Brüning-Regierung: „Das gesamte Programm müsse eine sparsame Wirtschaft auf der ganzen Linie herbeiführen, daher Verminderung des Beamtenapparates, Verwaltungsreform (Abbau), Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, die nur die erste Etappe auf dem Wege einer gesetzlichen Reform (Generalabbau) der Sozialversicherung sein könne. Daher auch die Notwendigkeit, in das Lohnproblem ernstlich einzugreifen. Die Regierung hat gezeigt, daß sie Ernst macht, das beweist die Verbindlichkeitserklärung des Demminger Schiedsspruches." Weiter erklärte Moldenhauer wörtlich: „Es muß der Versuch gemacht werden, auf dem ganzen Gebiet der Produktion eine Senkung der Löhne und Preise herbeizuführen, dabei darf auch an den Gehältern nicht vorbeigegangen werden."

Genossen, heute 1. Seite ankleben

„Loyale" Unterstützung des Bürgerblocks durch SPD Preußens

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Erklärung zur Regierungsvorlage veröffentlicht, die in Sprache und Inhalt einer Loyalitätsbezeugung für die Regierung gleichkommt. Es wird die allgemeine Notwendigkeit anerkannt, die Fehlbeträge des Reichshaushaltes alsbald zu decken. Weiter wird eine große Anzahl positiver Vorschläge in Erwägung gezogen, die der Vorstand der Fraktion in der nächsten Sitzung, wahrscheinlich bereits morgen, als Richtlinien vorlegen wird.

Nordwest vor dem Kampf!

Zentraler Kampfausschuß unter Führung der RGO gebildet / Metallarbeiter Sachsens, stoßt vor!

Essen, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern abend tagten in Essen das Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition Industriegruppe Metall und alle auf den Unterbezirks-Delegiertenkonferenzen am 15. Juni gewählten Mitglieder der zentralen vorbereitenden Kampfausschüsse. In der gestrigen Sitzung hat sich der zentrale vorbereitende Kampfausschuß konstituiert und mit der Wahl seiner eigenen Leitung die Arbeit als zentraler vorbereitender Kampfausschuß aufgenommen. Die Tatsache, daß nicht nur die Akkord- und Prämienarbeiter, sondern auch die Zeitlohnarbeiter von den Kündigungen betroffen sind, zeigt, daß die Unternehmer planen, auch die übertariflichen Zulagen der Zeitlohnarbeiter zu kürzen.

Auf der Duisburger Kupferhütte und auf einer Belegschaftsversammlung, die von dem reformistischen Betriebsratsvorsitzenden einberufen worden war, wurden einstimmig Kampfleitungen gewählt, in denen auch je ein Vertreter der Erwerbslosen und der Frauen vertreten ist. Die Gute-Hoffnungs-Hütte in Gelsenkirchen beschloß in drei Abteilungsversammlungen unter Anwesenheit von 75 Prozent der Belegschaft den Streik und wählte noch weitere parteilose Kollegen in den Kampfausschuß.

Die Belegschaft der Heinrichs-Hütte in Welper wählte bei Anwesenheit von mehreren Hundert Metallarbeitern einen Kampfausschuß und erklärte in einer Entschließung ihre Streikbereitschaft.

In den Elsaß-Werken in Bochum wurde in Anwesenheit von mehreren Hundert Arbeitern ein 17köpfiger Kampfausschuß gewählt, dem 12 Mitglieder des DMV, ein Hirsch-Dunckerscher und drei Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes, sowie ein Unorganisierter angehören.

Bei Krupp in Essen beschloß der Lowa-Betrieb bei Anwesenheit von 320 Metallarbeitern, die Gießerei III bei Anwesenheit von 160 Metallarbeitern und die Gießerei V VII bei Anwesenheit von 150 Kruppbarbeitern je die Wahl von betriebsweisen Kampfausschüssen, in die organisierte und unorganisierte, parteilose und jugendliche Arbeiter gewählt wurden. In allen diesen glänzend besuchten Teilbetriebsversammlungen wurde eine Entschließung angenommen, keinen Pfennig Lohnabzug zu dulden und sofort mit dem Streik zu antworten.

Der zentrale vorbereitende Kampfausschuß der Nordwest-Metallarbeiter hat erneut die Losung der Kampfforderungen der Duisburger Oppositionskonferenz herausgegeben.

Preußens Polizei terrorisiert in Mansfeld

Eisleben, 19. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Polizeiterror gegen die Mansfelder Streikenden hat sich verschärft. Ein schwarzes Hemd genügt schon zur Verhaftung. Aus diesem Grunde wurden in Hettstedt 4 jugendliche Genossen festgenommen. In Eisleben wurden 20 Arbeiter ins Polizeigefängnis eingeliefert. Die sozialdemokratischen Zeitungen, das „Volksblatt" und die „Mansfelder Volkszeitung", hat[illegible]

Die Genossen Thälmann, Remmele und Leow sprechen am Sonnabend

Ernst Thälmann

Sonnabend, den 21. 6., 19.30 Uhr, Hammers Hotel. — Sonnabend, den 21. 6., gegen 21 Uhr im Orpheum.

Hermann Remmele

Sonnabend, den 21. 6., 19.30 Uhr, Keglerheim — Sonnabend, den 21. 6., gegen 21 Uhr Blumensäle, Dresden-Johannstadt.

Willy Leow

(ehemaliger Bundesführer des verbotenen Roten Frontkämpferbundes): Sonnabend, den 21. 6., 19.30 Uhr, Gasthof Dobritz. — Sonnabend, den 21. 6., gegen 21 Uhr Gasthof Zschachwitz.

SLUB
Wir führen Wissen.